



Stellungnahme

Referentenentwurf zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der
Fachkräfteeinwanderung und zum Entwurf einer Verordnung zur
Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Zusammenfassung:

- **Flexible Handhabung der Mindestverdienstgrenze bei der Beschäftigung von älteren Berufskraftfahrern nach § 18 Absatz 2 Nr. 5 Satz AufenthG-E/§ 1 Absatz 2 BeschV-E, auch für Westbalkan-Staaten**
- **Anerkennung von Berufskraftfahrer-Qualifikationen aus Drittstaaten – Erarbeitung eines speziellen Qualifikationsanerkennungsverfahrens**
- **Verhinderung, dass § 24a Abs. 2 BeschV dadurch leerläuft, dass bereits bei Einreise ein zu hohes Sprachniveau gefordert wird**

Frankfurt am Main, den 8. März 2023

Der BGL nimmt gerne die Gelegenheit wahr, zu den Referentenentwürfen zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung Stellung zu nehmen.

Vorbemerkung:

Im Transportlogistikgewerbe besteht ein gravierender Fahrpersonalmangel: Derzeit fehlen etwa 70.000 Lkw-Fahrer. Da pro Jahr ca. 30.000 Lkw-Fahrer altersbedingt ausscheiden, jedoch nur ca. 15.000 Neue den Beruf ergreifen, verschärft sich allein durch diese Differenz der Fahrermangel jährlich um etwa 15.000 fehlende Lkw-Fahrer.

Das Transportlogistikgewerbe ist auf die Gewinnung neuer Fachkräfte durch qualifizierte Zuwanderung – auch aus **Drittstaaten (insbesondere Ukraine und Balkanstaaten)** – zwingend angewiesen, um den Bedarf an Fahrpersonal decken zu können.

Da ausländische Berufskraftfahrer für die Bekämpfung des Fahrpersonalmangels unverzichtbar sind, ist der Abbau bürokratischer Hürden bei der Erfüllung ausländerrechtlicher Vorgaben, der Regelungen zum Sprachniveau und der Beschleunigung der Verwaltungsverfahren dringend geboten.

In diesem Zusammenhang ist Hinblick auf die Beschäftigung von ausländischen Berufskraftfahrern in Deutschland daraufhin zu weisen, dass **drei zentrale Voraussetzungen** zu erfüllen sind:

1. Ausländerrecht
2. Fahrerlaubnisrecht (Führerschein)
3. Berufskraftfahrerqualifikation

Auch wenn die Bereiche in Punkt zwei und drei nicht im Zentrum der vorliegenden Referentenentwürfe stehen, erinnert der BGL eindringlich daran, dass die Beschäftigung von Fahrpersonal aus Drittstaaten durch die unzureichende Anerkennung ausländischer Führerscheine und Berufskraftfahrerqualifikationen (BKF) massiv erschwert wird.

Aktuell können z.B. ukrainische Flüchtlinge viele Berufe in Deutschland ausüben, nicht jedoch den des Berufskraftfahrers, da die in der Ukraine erworbene BKF-Qualifikation in Deutschland nicht anerkannt wird. Leider hat der deutsche Gesetzgeber bis heute (Stand: März 2023) die Vorgaben der EU-Verordnung 2022/1280 nicht umgesetzt.

Der BGL begrüßt grundsätzlich die vorliegenden Referentenentwürfe (Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, Beschäftigungsverordnung und weiterer Nebengesetze), die die Möglichkeit der Fachkräfteeinwanderung erleichtern sollen. Er regt jedoch darüber hinaus dringend die nachstehenden Punkte an:

Im Einzelnen:

§ 18 Absatz 2 Nr. 5 Satz 2 AufenthG-E / § 1 Absatz 2 BeschV-E
(flexiblere Handhabung der Mindestverdienstgrenzen)

- Der BGL begrüßt grundsätzlich die vorgesehenen Änderungen dieser Vorschrift, wonach unter bestimmten Voraussetzungen geringfügig von der Gehaltsschwelle bzw. von der Altersgrenze abgewichen werden kann.
- Die Gehaltsschwelle (die Höhe des Gehalts mindestens 55 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze bei Personen ab 45 Jahren) ist für die Beschäftigung von Berufskraftfahrern (BKF) jedoch viel zu hoch und daher nicht praktikabel. Mit der jetzigen Gehaltsschwelle profitieren vorwiegend akademische Berufe von

dieser Regelung. Für die Gruppe der Berufskraftfahrer führt sie zu einer Inländerdiskriminierung, da für deutsche Fahrer die Regelungen des Mindestlohngesetzes als Mindeststandard gelten, für Fahrer aus Drittstaaten hingegen die deutlich höhere Grenze von § 18 Absatz 2 Nr. 5 Satz 2 AufenthG-E. Dies macht die Beschäftigung ausländischer Fahrer nicht nur weniger attraktiv durch zusätzliche und unnötige bürokratische Hürden, sondern birgt überdies innerhalb der Fahrerschaft die Gefahr sozialer Missstimmungen.

- Der BGL regt daher an:
 - Das arbeitsmarktpolitische Interesse i.S.v. 18 Absatz 2 Nr. 5 Satz 2 AufenthG-E sollte als gegeben angesehen werden bei solchen Berufen (z.B. BKF), die in der Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit aktuell gelistet sind („Engpassberufe“). Solange der Beruf des BKF als „Engpassberuf“ eingestuft ist, muss eine Abweichung von den Voraussetzungen bzgl. Gehaltsschwelle/Altersgrenze immer möglich sein.
 - Die Kriterien des Ermessens zur Abweichung von der Gehaltsschwelle/Altersgrenze sollten konkretisiert werden:
 - Je höher der aktuelle Bedarf an Fachkräften in Engpassberufen, wie z.B. BKF, ist, desto weiter ist das Merkmal „Geringfügig“ auszulegen.
 - Bundeseinheitliche Vorgaben bei der Ausübung dieses Ermessen führen bei den ausländerrechtlichen Verfahren zu mehr Transparenz und Planbarkeit für Transportlogistikunternehmen.
- Die in § 1 Absatz 2 BeschV-E enthaltene Regelung, dass unter bestimmten Voraussetzungen geringfügig von der Gehaltsschwelle bzw. von der Altersgrenze abgewichen werden kann (Ermessen), gilt

nach dem Referentenentwurf nicht für Staaten des westlichen Balkans (§ 26 Absatz 2 BeschV). Für diese Fallgestaltungen gilt weiterhin nur die bisherige Regelung zu begründeten Ausnahmefällen (§ 1 Absatz 2 S. 4 BeschV-E).

- Nach Auffassung des BGL ist diese Einschränkung zu überdenken: Transportlogistikunternehmen sind auf die Gewinnung von Fahrern gerade auch aus diesen Staaten angewiesen. Die Möglichkeit von den Anforderungen in Bezug auf Altersgrenze und Gehaltsschwelle abzuweichen, sollte auch für diese Staaten ohne zusätzliche Hürden möglich sein.

§ 6 BeschV-E (Beschäftigung bei ausgeprägter berufspraktischer Erfahrung) iVm § 24a BeschV

- Nach § 6 BeschV-E soll Fachkräften mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen ein besonderer Arbeitsmarktzugang gewährt werden. So haben sie die Möglichkeit, die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit für eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wenn sie bereits im Ausland berufspraktische Fähigkeiten erlangt haben.

Der BGL regt hierzu folgendes an:

- Die Vorschrift des § 6 BeschV-E, der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit für einen Aufenthaltstitel regelt, geht vom Anwendungsbereich über die Vorschrift des § 24a BeschV, welcher spezifisch für BKF gilt, hinaus. Nach § 6 Absatz 1 Nr. 3 BeschV-E soll es genügen, wenn der Beschäftigte eine Qualifikation besitzt, die im Drittstaat, wo sie erworben wurde, anerkannt ist. Letzteres gilt nach § 24 a BeschV gerade nicht für die Beschäftigung von BKF aus Drittstaaten. Diese müssen entweder

- über sämtliche BKF-Qualifikationen schon verfügen (24 a Absatz 1 BeschV) oder
 - diese Qualifikationen binnen (max.) 15 Monaten im Inland erwerben (§ 24 a Absatz 2 BeschV).
-
- Der BGL fordert, dass Transportlogistikunternehmen auch solche Fahrer aus Drittstaaten als BKF beschäftigen können, die ihre BKF-Qualifikation in einem Drittstaat erworben haben. Dazu muss ein entsprechendes Anerkennungsverfahren speziell für BKF-Qualifikationen erarbeitet werden.
 - Im Übrigen ist es aus Sicht des BGL erforderlich, § 24a Abs. 2 BeschV effektiv zur Geltung zu bringen. In der Praxis läuft diese Vorschrift bisher weitestgehend leer, da die bei der Prüfung des Aufenthaltstitels geforderten Sprachkenntnisse oftmals nicht vorliegen. Der BGL regt an, das Verfahren bei der Erteilung des Aufenthaltstitels in Zusammenhang mit § 24a Abs. 2 BeschV hinsichtlich der geforderten Sprachkenntnisse flexibel zu gestalten.